

Neues aus dem Neckartal und aus der Region



In Farbe auf:
Die-linke-rottenburg.de

DIE LINKE.

Ortsverband Rottenburg

Juli 2024

„Rente muss zu einem Leben in Würde reichen!“

Breites Bündnis gegen wachsende Altersarmut im Ländle

„Unter dieser Überschrift haben sich 31 Organisationen und Gewerkschaften im Ländle zusammengeschlossen, um einen Kurswechsel in der Rentenpolitik spätestens zur Bundestagswahl 2025 zu erreichen. Darunter sind viele Gewerkschaften, Sozialverbände und kirchliche Organisationen. Für sie hat Armut in unserem armseligen Bundesland mit 4.629 Einkommens-Millionären nicht nur eine moralische Bedeutung, sondern sie bedeutet einen unmittelbaren volkswirtschaftlichen Schaden durch ausfallenden Konsum, erhöhte Krankheitskosten und früheren Tod: „Niedriglohnsektoren, Zeiten der Arbeitslosigkeit, Deregulierungen auf dem Arbeitsmarkt, unsichere Beschäftigungsverhältnisse wie Solo- und Scheinselbstständigkeit, unterbrochene Erwerbsbiografien, Teilzeit für Erziehungs- und Pflegearbeit, sind

Gründe für Armut im Alter, von denen Frauen besonders häufig betroffen sind. Das abgesenkte Rentenniveau sowie viele weitere Verschlechterungen der gesetzlichen Regelungen in den Sozialversicherungen gefährden die Lebenssituation fast der Hälfte aller zukünftigen Rentnerinnen und Rentner.“

Gerade Alleinerziehende werden oft vor die Alternative gestellt, ob sie einen höheren Lohn erhalten oder lieber mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen wollen, weil Kita-Plätze fehlen oder die Öffnungszeiten gekürzt wurden. Diese „Kita-Katastrophe“ mit ihren Folgen belegt auch die neueste Bertelsmann-Studie zu Lage der Alleinerziehenden. Da immer mehr Betriebe aus der Tarifbindung aussteigen, steht für jeden dritten Beschäftigten die betriebliche Altersversorgung

nicht mal auf dem Papier. Ebenso warnen die Bündnispartner vor der privaten Altersvorsorge durch Kapitalanlagen an der Börse: „Niedrigzinsen, Währungskrisen oder Aktiencrashes führen zu massiven Wertverlusten. Zudem sind die Provisionen und Verwaltungskosten hoch. Die Rendite der meisten privaten Vorsorgeprodukte ist niedriger als die der gesetzlichen Rentenversicherung.“

Stattdessen treten sie ein für ein gesetzliches Rentenniveau von 50 Prozent und warnen vor den politischen Folgen einer weiteren Verunsicherung durch Sozialabbau: „Wenn der Wohlfahrtsstaat versagt, drohen nicht nur soziale Konflikte, sondern auch eine grundsätzliche Legitimationskrise der demokratischen Gesellschaft, deren Vorzeichen bereits heute im Wahlverhalten und der Parteienlandschaft sichtbar sind.“

>>>>>

Und weiter: Seite 3: Stuttgart 21—Urteil zur Kostenexplosion

Seite 4: Volksantrag Mieten runter

Seite 5: Neues vom Schlachthof

Seite 9: Grundwasser gefährdet - Steinbruch Frommenhausen



**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

„Deutsche Rentenpolitik ist eine Schande“

>>>>>

Seit langem setzt sich auch **DIE LINKE** für einen radikalen Kurswechsel in der Rentenpolitik in Anlehnung an das österreichische Modell ein und hat jetzt einen 11-Punkte-Plan vorgelegt. Denn nachdem SPD und Grüne das Rentenniveau auf 48 Prozent abgesenkt haben, plant die Milliardärslobby - auch FDP genannt - einen späteren Renteneintritt und will die Rente zum Spekulationsobjekt an den Börsen machen. Doch bereits jetzt haben 42 Prozent der Rentnerinnen und Rentner weniger als 1.250 Euro netto, also inklusive privater Absicherung und betrieblicher Rente, auf die nur noch 18 Prozent der Beschäftigten Anspruch haben. Sowohl die so genannte Riester-Rente wie auch das Dreistufen-Modell für die Rente sind gescheitert. Wegen der starken Proteste von Beschäftigten und ihren Organisationen hat Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) zumindest eine weitere Absenkung aufgegeben. Allerdings mit fragwürdigen Vorschlägen: Sein Rentenpaket II soll ein „Generationenkapital“ enthalten, finan-



ziert durch 200 Milliarden Euro aus Haushaltsmitteln. Damit sollen Aktien gekauft werden, deren Gewinne dann für Renten eingesetzt werden. In mehreren europäischen Ländern haben diese Art Rentenkassen Gelder für große Investitionen in fossile Energien missbraucht und damit einen doppelten Schaden angerichtet.

DIE LINKE tritt dagegen ein für eine Erwerbstätigenversicherung wie in Österreich, in die auch Beamte, Selbstständige, Bundestagsabgeordnete und Freiberufler

ein zahlen. Das Renteneintrittsalter mit 65 soll nach 40 Beitragsjahren wieder abschlagsfrei sein. Eine solidarische Mindestrente von 1.250 Euro netto plus Kranken- und Pflegeversicherung (einkommens- und vermögensgeprüft) entspricht der Europäischen Armutsgrenze (EU-SILC). Dies alles ist in der drittstärksten Volkswirtschaft der Welt problemlos finanzierbar und verhindert, dass Suppenküchen und Tafelläden überquellen. Stattdessen wird nach einem harten Arbeitsleben ein Alter in Würde ermöglicht!

Der Anteil von Rentnerinnen und Rentnern, die die Grundsicherung beantragen müssen, wächst stark: In den Kommunen kann ein weiteres Abrutschen in die Altersarmut verhindert werden, indem die Gemeinderäte öffentlichen Aufträgen nur an Firmen vergeben, die tarifgebunden sind und das Lieferkettengesetz einhalten.

Gefahr für Wasserverbrauch durch Starkregen Stadtverwaltung muss ihrer Verantwortung nachkommen

Die aktuellen Starkregen haben nicht nur Schäden in Höhe von zwei Milliarden Euro verursacht, sondern sind auch ein Verlust an Grund- und Trinkwasser.

2019 wurden in Deutschland rund 20 Milliarden Kubikmeter Wasser verbraucht, davon 8,8 Mrd. m³ für die Energieversorger (Kühlwasser) und 5,4 Mrd. m³ für Bergbau und verarbeitendes Gewerbe (Industrie), ebenso viel für die öffentliche Wasserversorgung. Dagegen für die Landwirtschaft nur 0,4 Mrd. m³. Laut Umweltbundesamt (UBA) waren dies weniger als Hälfte des Verbrauchs von 1991. Der durchschnittliche Wasserbedarf (ohne Industrie) beträgt rund 130 Liter pro Einwohner und Tag, davon etwa 1–2 Liter in Speisen und Getränken einschließlich des in Fertiggetränken

enthaltenen Wassers.

Leitungswasser ist in Deutschland das Lebensmittel, was am besten kontrolliert wird und die billigste Flüssigkeit ist, die unser Körper braucht. Nach einer großen Studie von Öko-Test von 54 Mineralwasser-Sorten kann von „ursprünglicher Reinheit“ dieser Getränke aber keine Rede sein, denn sie enthielten neben Bor, Nickel und Uran auch Süßstoffe und Abbauprodukte von Pestiziden. Aber die Mineralwasser-Konzerne machen ein Riesengeschäft: „Für 10 Euro können Sie rund 4.000 Liter Leitungswasser bekommen – oder zwei bis 20 Liter Mineralwasser“, so Öko-Test. Bereits im Jahr 2020 sind eine Milliarde Liter Mineralwasser aus dem Ausland eingeführt wurden, zu meist in Einwegflaschen, deren Klimabe-

lastung 600-mal höher ist als beim Leitungswasser. „Wenn alle Menschen im Land auf Leitungswasser umsteigen würden, wäre die CO₂-Ersparnis so hoch wie das Anderthalbfache des innerdeutschen Flugverkehrs pro Jahr“, rechnete Öko-Test vor.

DIE LINKE fordert: Bei Wassermangel in Dürrezeiten müssen Privathaushalte Vorrang vor der Industrie erhalten, an öffentlichen Plätzen müssen alle Zugang zu kostenlosem Trinkwasser bekommen. Die Rottenburger Stadtverwaltung soll sich nicht ihre Verantwortung dafür beiseitigen, dass die Menschen sich bei Hitze über Restaurants und Cafés mit Wasser versorgen können. Denn die dürfen nur Mineralwasser abgeben!

Die Kosten für das Bahnprojekt Stuttgart 21 sind in den vergangenen Jahren förmlich explodiert – von ursprünglich geplanten 4,5 auf mittlerweile schon 11,5 Milliarden Euro. Aber wie werden diese Mehrkosten aufgeteilt? Die Bahn möchte, dass sich die Vertragspartner daran beteiligen, die aber lehnen das ab. Nun hat das Verwaltungsgericht Stuttgart entschieden: Die Bahn muss die Mehrkosten alleine tragen.

Vorbemerkung: Das Projekt Stuttgart 21 ist kein Projekt des Bedarfsplans für die Schienenwege des Bundes, sondern ein eigenwirtschaftliches Projekt der Deutschen Bahn AG. Projektpartner sind das Land Baden-Württemberg, die Stadt Stuttgart, der Verband Region Stuttgart und die Flughafen Stuttgart GmbH. Nachfolgend eine kurze Zusammenfassung der bisher erfolgten Kostensteigerungen:

Dem Rahmenvereinbarung von 1995 lag noch eine Kostenschätzung von ca. 4,9 Mrd. DM (etwa 2,5 Mrd. Euro) zugrunde. Der Finanzierungsvertrag von 2009 sah die Kosten unter Berücksichtigung einer allgemeinen Kostensteigerung schon bei 3,076 Mrd. Euro. Unter Einbeziehung eines Risikopuffers von 1,45 Mrd. Euro für unvorhergesehene Ereignisse lagen die Kosten dann bei rund 4,5 Mrd. Euro. Ferner sah der Finanzierungsvertrag bei Überschreiten dieser Sollbruchstelle eine sogenannte „**Sprechklausel**“ vor, eine vage Formulierung, die besagt, dass die Bahn und die Vertragspartner Gespräche darüber führen sollen, wer diese Mehrkosten zu tragen hat.

Doch 2013 fordert die DB zur Abdeckung weiterer Mehrkosten und Risiken zusätzliche zwei Milliarden Euro, so dass sich die Gesamtkosten auf nunmehr rund 6,5 Mrd. Euro belaufen. Die Projektpartner Land und Stadt Stuttgart lehnen aber eine Beteiligung an der Übernahme dieser Mehrkosten ab. Und im Jahr 2018 steigen die von der Bahn geltend gemachten Kosten weiter auf insgesamt 8,2 Mrd. Euro, einschließlich eines Risikopuffers von rund 500 Millionen Euro.

Weil die Gespräche erfolglos waren, verklagte die Bahn Ende 2016 die Projektpartner auf Änderung des Finanzierungsvertrags von 2009 und somit auf die Übernahme der Mehrkosten. Nachdem die Bahn inzwischen mit Kosten von bis zu 11,5 Mrd. Euro rechnet, geht es hier um Mehrkosten von 7 Mrd. Das Land weist die Forderungen der Bahn aus der Klage zurück und reichte wiederum eine umfangreiche Klagerwiderrung beim Verwaltungsgericht Stuttgart ein.

Bei der Entscheidung des Gerichts ging es im Wesentlichen darum, ob sich aus dem Finanzierungsvertrag, konkret aus der darin enthaltenen „Sprechklausel“, ableiten lasse, dass sich die Projektpartner zu einer Übernahme eventuell auftretender Mehrkosten verpflichtet haben, die über 4,5 Milliarden Euro hinausgehen. In der Sprechklausel selbst steht ungünstigerweise nur, dass im Falle „weiterer Kostensteigerungen“ miteinander „Gespräche aufzunehmen“ sind. Weil die Bahn ihre Klage fast ausschließlich auf diese vertraglich fixierte Sprechklausel stützt, tut dies das Gericht auch. Eine Verhandlungspflicht besteht nach Auffassung des Gerichts dadurch nicht, denn es sei „wenig plausibel“, dass die Vertragspartner in der Sprechklausel nur die Formulierung „Gespräche aufnehmen“ gewählt und nicht eine Verhandlungspflicht gemeint hätten.

Für die Bahn bedeutet dies, dass sie die gesamten Mehrkosten von sieben Milliarden Euro nun alleine tragen muss. Bahn-Sprecher Stauß blieb nach dem Urteil sehr vage. Er wolle nichts über andere Projekte sagen. Doch klar ist: Die Bahn hat finanzielle Probleme. Dabei darf man nicht vergessen: Die Gesamtkosten in Höhe von 11,5 Milliarden Euro werden nicht auf einen Schlag gezahlt. Der größte Teil wurde laut Bahn schon verrechnet. Doch das Grundproblem bleibt: Die Bahn muss über die Jahre auch die sieben Milliarden Euro Mehrkosten im Haushalt unterbringen.

Das Urteil muss also auch im Gesamtzusammenhang der Bahn in Deutschland betrachtet werden. 12,5 Milliarden Euro sollten ursprünglich aus dem

Klima- und Transformationsfonds-gesetz in die Bahn fließen. Davon sollten Sanierungsarbeiten und Neubauprojekte finanziert werden, deren Finanzierung nun möglicherweise gefährdet ist. Dazu gehören auch die für den Deutschlandtakt erforderlichen Projekte, die im Zusammenhang mit Stuttgart 21 stehen, wie der Digitale Knoten von S21, der Pfaffensteigtunnel sowie der neue Schnellzugtunnel im Norden Stuttgarts, welche auf Jahrzehnte nicht realisiert werden könnten. Nach dem Haushaltsurteil fehlen diese Milliarden der Bahn in den kommenden Jahren. Zwar stellt auch der Bund der Bahn im Jahr 2024 mehr Mittel zur Verfügung als im Vorjahr, insgesamt über 17 Milliarden Euro, davon sind für den Neu- und Ausbau aber nur knapp 1,7 Milliarden vorgesehen. Unsicher zu erkennen, dass das Geld knapp wird. Der Bund will aber jetzt zur Unterstützung der Bahn einige seiner Telekom-Anteile verkaufen.

Noch am 7. Mai, dem Tag der Verkündung, begrüßten das Land und die Stadt Stuttgart in Pressemitteilungen erwartungsgemäß das Urteil, während die Bahn weiterhin eine „gemeinsame Finanzierungsverantwortung aller Projektpartner“ sieht und Rechtsmittel gegen das Urteil prüfen will. Würde sie Stand jetzt das Urteil akzeptieren, müsste sie sieben Milliarden Euro mehr für Stuttgart 21 aufwenden als geplant. Sollte am Ende aller Instanzen, in mehreren Jahren, das gleiche Urteil stehen, dürfte es noch die eine oder andere Milliarde mehr sein. Denn die Bahn könnte auch den Weg gehen, den das Gericht schon in der ersten Sitzung dargestellt hat: „**Es gibt bei öffentlichen Verträgen auch die Möglichkeit, einen Vertrag zu kündigen, wenn die Vertragsanpassungen zu unzumutbaren Belastungen für die Beteiligten führen würden.**“

Genau dies fordern wir schon lange, denn nur so kann dieses unsinnige Wahnsinnsprojekt noch gestoppt und der Kopfbahnhof erhalten bleiben, weshalb wir auch in Zukunft

OBE BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**

Wohnungsnot in Baden-Württemberg:

Die Regierung lässt uns im Stich!

Dieses Jahr war Deutschland mal wieder Gastgeber für ein Sportspektakel, welches ich als Fussballmuffel trotzdem jedem Fan gönne. Und obwohl ich es zu vermeiden suche, etwas darüber zu erfahren, kommt man nicht umhin, Nachrichten über die Fußball EM zu lesen, zu sehen oder zu hören. Umso interessanter sind für mich dann die Nachrichten am Rande der EM. So hat Hamburg beispielsweise die Stadt in einen sauberen und ordentlichen Zustand gebracht, indem man allen Obdach- und Wohnungslosen Platzverweise erteilt und somit aus der Stadt in die Vorstädte verbannt hat. Verständlich. Wer will schon, dass unsere Gäste sehen, wie verfehlt deutsche Sozialpolitik unter Sozialdemokratischer Führung ist. Aber OK, Hamburg ist weit und Obdachlosigkeit ist ein vielschichtiges Problem und hat nicht nur mit den Mietpreisen zu tun. Es zeigt aber exemplarisch, welchen Stellenwert Menschen in Deutschland haben, die eben nicht die finanziellen Mittel haben, um am guten Leben in diesem Land teilzuhaben.

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt in Baden-Württemberg ist katastrophal. Die Mietpreise explodieren, während die Löhne stagnieren. Besonders betroffen sind diejenigen, die ohnehin schon am meisten kämpfen müssen: Pflegekräfte, Kassierer:innen und Busfahrer:innen. Doch die Regierung bleibt untätig und schaut zu, wie die Menschen unter der Last der steigenden Mieten zusammenbrechen.

Die Schmerzgrenze ist längst erreicht. Die Menschen geben bis zur Hälfte ihres Einkommens für die Miete aus. In Tübingen stehen Häuser leer, während Menschen verzweifelt nach bezahlbarem Wohnraum suchen. Es ist schlichtweg inakzeptabel, dass hart arbeitende Menschen, die unsere Gesellschaft am Laufen halten, am Ende des Monats kaum noch genug Geld zum Leben haben.

Die Regierungen der letzten Jahre – ob CDU, FDP, SPD oder Grüne – haben durch ihre Politik die Wohnungsnot nur verschärft. Sie sprechen von bezahlbarem Wohnen, doch ihre Maßnahmen

sind wirkungslos. Die Mietpreisbremse ist angesichts der eh schon hohen Mieten ein schlechter Witz auf Kosten der Menschen, die verzweifelt eine Wohnung suchen. Die Förderung von Wohneigentum? Reiner Zynismus in Zeiten, in denen sich kaum jemand eine Wohnung leisten kann, geschweige denn ein Haus.

Unsere Forderungen:

Wir fordern eine radikale Kehrtwende in der Wohnungspolitik. Es reicht nicht, die Symptome zu behandeln – wir müssen die Ursachen bekämpfen. Hier sind unsere zentralen Forderungen:

1. Mieten senken:

Die Mieten müssen sinken, und zwar sofort. Es darf nicht sein, dass Wohnen zum Luxus wird.



2. Sozialer Wohnungsbau:

Wir fordern den Bau und Erhalt von 30.000 Sozialwohnungen pro Jahr. Der dramatische Rückgang an Sozialwohnungen in den letzten Jahren ist ein Skandal.

3. Gemeinwohlorientierung:

Wohnraum darf kein Spekulationsobjekt sein. Wir brauchen eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik, die den Menschen dient und nicht den Profiten weniger.

4. Konkrete Maßnahmen:

Um diese Ziele zu erreichen, schlagen wir die Gründung einer Landeswohnbaugesellschaft, eine aktive Bodenvorratspolitik und die Bekämpfung von Leerstand vor. Spekulation mit Wohnraum muss ein Ende haben!

Volksantrag "Mieten runter"

Um den Druck auf die Regierung zu erhöhen und die Bevölkerung zu mobilisieren, haben wir den Volksantrag "Mieten runter" gestartet. Dieser Antrag ist mehr als nur ein Symbol – er ist ein Aufruf zum

Handeln. Ab dem 6. April können alle Bürger:innen unterschreiben und somit aktiv zur Veränderung beitragen.

Fakten, die zum Handeln zwingen

- Größter Mangel an Sozialwohnungen: Baden-Württemberg hat deutschlandweit den größten Mangel an Sozialwohnungen. Über 200.000 Einheiten fehlen.

Steigende Mietpreise:

In den letzten 11 Jahren sind die Mietpreise um durchschnittlich 52,3% gestiegen

Dramatische Baulandpreise:

Die Preise für Bauland sind im gleichen Zeitraum um 73,2% gestiegen, was den Bau von neuen Wohnungen zusätzlich verteuert.

Schluss mit der Untätigkeit!

Die Wohnungsnot in Baden-Württemberg verschärft sich weiter. Laut der Liga der freien Wohlfahrtspflege ist die Anzahl der Menschen, die keine eigene Wohnung finden und daher Unterstützung bei Beratungsstellen suchen, im letzten Jahr erneut gestiegen. Zum Stichtag im Jahr 2023 wurden knapp 12.700 Personen beraten – etwa 300 mehr als im Vorjahr.

Nahezu jeder dritte Betroffene lebte in einer Notunterkunft, bei Bekannten oder auf der Straße. Die Liga der freien Wohlfahrtspflege nennt Inflation, steigende Mietpreise und Energiekosten als Hauptursachen hierfür.

Verantwortlich für diese Misere ist die Landesregierung. Mit dem Volksantrag "Mieten runter" und unseren konkreten Forderungen wollen wir eine sozialere und gerechtere Wohnungspolitik durchsetzen. Es ist höchste Zeit, dass die Bedürfnisse der Menschen über die Profite der Wenigen gestellt werden. Die Regierung muss endlich handeln – oder Platz machen für diejenigen, die es tun.

Bürgerinitiative für den Erhalt des Rottenburger Schlachthofs

Schreiben an die Mitglieder des Gemeinderats

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates,

der Gemeinderat hat dankenswerter Weise 2019 die sofortige Schließung des Rottenburger Schlachthofs verhindert. Auf der Grundlage nachweislich nicht zutreffender „Informationen“ durch die Verwaltung hatten Sie mehrheitlich beschlossen, den Schlachthof in Gärtringen zu

favorisieren und finanziell zu unterstützen.

Mittlerweile ist es mehr als fragwürdig, ob Gärtringen jemals in Betrieb gehen wird,

u.a. wegen der Betriebsgröße (zu klein und zu groß), Fachkräftemangel und Finanzierungsproblemen. Zudem wäre der Schlachthof Gärtringen für viele unserer

Nebenerwerbslandwirte ungeeignet.

Unverändert hat der Schlachthof Rottenburg bisher seine Aufgaben erfüllt – in der

lokalen Wertschöpfung, für das Tierwohl, die Artenvielfalt, den Natur- und Landschaftsschutz. Das Denkmalamt ist begeistert vom Konzept der BI. Die unbefristete Betriebsgenehmigung ist durch eine Sanierung der Gebäude und des

Betriebs nicht gefährdet, da immissionsrechtlich nur eine Verbesserung zu

erwarten ist und die Mengen nicht ausgeweitet werden sollen.

Bemühungen der Verwaltung die Schließung des Schlachthofs zu verhindern sind nicht erkennbar. Eine provisorische Abhilfe bei Mängeln im Außenbereich zu schaffen verweigert die Stadt. Erst nach der Befassung des GR zum Thema in der Sitzung im September will die Stadt beim Landratsamt nachfragen, welche Bedingungen vorliegen und ob eine Fristverlängerung möglich sei. Unter diesen Voraussetzungen ist mit einer Schließung am 30.09.24 zu rechnen. Das widerspricht absolut dem Votum des Bürgerentscheids.

Wir möchten den Gemeinderat bitten, die Verwaltung zu beauftragen, bereits jetzt alle offenen Fragen mit dem Landratsamt abzuklären.

Für die BI Schlachthof Franziska Rauser und Klaus Weber

Dieses Schreiben an den Gemeinderat scheint ein Nachdenken bei OB Neher ausgelöst zu haben. Dazu teilt Klaus Weber von der Bürgerinitiative mit:

Offensichtlich hat das eine Reaktion von Seiten Herrn OB Neher ausgelöst, da er gegenüber anderslautenden Absichtserklärungen durch die Stadt (per BM Bednarz) zumindest eine vorsichtigere For-

mulierung wählt.

Neher schriftlich am 9.7.24 an den Betreiber: "Aus Gründen der Kulanz könnten wir uns jedoch vorstellen, eine Interimslösung für die Hoffläche in Abstimmung mit dem Landratsamt vorzunehmen, sodass der Schlachtbetrieb über den 30.09.2024 hinaus möglich wäre. Dies vorbehaltlich der Zustimmung des Gemeinderates."

Diese Formulierung weicht deutlich von dem bisherigen Statement ab, nach dem von der Verwaltungsspitze ein Kontakt mit dem Landratsamt vor der Gemeinderatssitzung am 24.09.24 abgelehnt wurde. Aktuell prüfen wir, ob wir am 16.7. einen Antrag dahingehend stellen, dass der Gemeinde am 23.7.24 die Stadt beauftragen möge, die Interimslösung unverzüglich anzugehen. Wozu es dafür allerdings den Gemeinderat braucht ist unverständlich, da Herr Neher die Umsetzung des Bürgerentscheids zugesagt hatte und ohne Absprache mit dem Gemeinderat einen Umfang der Machbarkeitsprüfungen veranlasst hatte, die finanziell deutlich den Aufwand einer Interimslösung übertreffen dürften.

Bei den zu erwartenden Kosten muss der Gemeinderat nicht einbezogen werden.

Klaus G. Weber

Der Schlamm (Gastbeitrag von Hartmut Fromm)

Der Schlamm klebt
uns an den Füßen,
der Fußabdruck
hinterlässt seine
Spur.

In die Spur, die
Katastrophe
zu stoppen, kommt
die Politik
nicht. Recht und Pflicht
für den Markt
geht vor; sein Recht
geht vor, es
bindet ihr die Hand,
die schwor, Verhängnis
abzuwehren vom Land.

Die Ministerpräsidenten,
Minister und Kanzler
von den Katastrophenorten
uns grüßen

mit Gummistiefeln an
den Füßen.

Der Regen klebt uns
auf der Haut;
fürs Klima auf die Straße
sich zu kleben,
ist nicht erlaubt;
Gefängnis sollte folgen,
aus der Politik verlaut't.

Der grüne Minister
der Wirtschaft -
Ökonomie
und
Ökologie
- unter seinem Dach
vereint, meint,
dass das Klimakleben
den Klimaschutz
seines Hauses
vergrault.

In China fördert der Staat
Solartechnik und E-Mobilität;
„Das verstößt gegen
die Freiheit
des Markts“.

„Freiheit im Verkehr,
statt Erziehung“
plakatiert die Partei
der Freiheit
für die Europa-Wahl.

Ein Teil der Jugend
sieht einen Weg
rechts
am braunen
Schlamm

vor
bei

Kita-Gebühren steigen: Alle Jahre wieder

Gebührenfreie Bildung ist ein Grundrecht

Im Juni hat Rottenburgs Gemeinderat die Kita-Gebühren für die nächsten zwei Jahre erhöht, um satte 15 Prozent, obwohl die Umsetzung des Bildungsauftrags im Orientierungsplan angesichts des Personalmangels kaum noch die Rede sein kann. Ab September diesen Jahres sind es 7,5 Prozent mehr, ab September nächsten Jahres noch einmal 7,3 Prozent. Besonders teuer wird es für Einzelkinder in der Krippe mit 10 Stunden Betreuung, von aktuell 742 Euro steigt der Betrag auf 857 Euro plus 60 Euro Essensgeld. Welche junge Familie und erst recht welche Alleinerziehende kann sich das noch leisten? Noch im September 2009 musste für das erste Kind (unter drei Jahren) 162 Euro gezahlt werden. Aber im reichen Ländle hängen die Kita-Gebühren davon ab, in welchem Bundesland oder in welcher Stadt im Ländle ein Kind zufällig geboren wurde, eine einheitliche Regelung verweigert die Landesregierung. In elf Bundesländern sind die Kita-Gebühren Teil abgeschafft. Auch in Künzelsau, Schwäbisch-Hall und Heilbronn - nur nicht in der „sozialen Stadt“ (OB Neher) Rottenburg.

Mehr Gegenstimmen

Nicht nur Volkmarr Raidt (FAIR) und Marlene Fischer (Die Linke) stimmten dieses Mal gegen die Erhöhung, sondern auch die SPD und Diana Arnold als Mit-

glied der CDU-Frauenunion, deren Landesvorstand ein letztes, verpflichtendes Kita-Jahr mit Gebührenfreiheit fordert. Sie freute sich sogar über die bessere Bezahlung der Fachkräfte. Natürlich waren wie in den letzten Jahren die so genannten Jungen Aktiven für die Erhöhung wie auch die Grünen. Sie nehmen genau wie OB Neher den Orientierungsplan für Kitas mit einem Bildungsauftrag nicht ernst. Besonders schlaue argumentierte Jörg Bischof (Grüne): Die elf Mio. Euro, die die Eltern zahlen, müsste die Stadt sonst an anderer Stelle einsparen! Da könnten wir ja wieder das Schulgeld einführen, das bis in die 50er Jahre zu zahlen war. Oder die Stadt könnte nicht mehr Millionen Euro für ihr Prestigeobjekt Schänzle ausgeben. Diese Argumentation ist lächerlich, weil die Kita-Mehreinnahmen der Stadt gerade mal 35.700 Euro ausmachen, die sie längst mehrfach dort verbuddelt hat.

Landesrichtsatz

Der Landesrichtsatz wurde 2009/10 zwischen den kirchlichen Kita-Trägern und den Kommunalverbänden beschlossen, als der gesetzliche Anspruch auf einen Kita-Platz eingeführt wurde. Danach sollen die Elternbeiträge 20 Prozent aller Betriebskosten betragen. In Rottenburg beträgt dieser „Deckungsgrad“ momentan lächerliche 13,75 Prozent.

Der Elternbeitrag widerspricht dem Grundrecht auf gebührenfreie Bildung im Grundgesetz (Art. 26) und verfestigt die Tatsache, dass Bildungschancen im Ländle nach wie vor von sozialer, ethnischer oder religiöser Herkunft abhängen, wie es unzählige Studien der Bertelsmann-Stiftung festgestellt haben. Das Ergebnis dieser Politik ist das große Defizit im Lesen, Schreiben und Rechnen am Ende der vierten Klasse, das die Kultusministerin zugeben musste. Zwar besuchen über 90 Prozent der 3-6 Jährigen eine Kita, aber viele Eltern scheuen wegen der hohen Gebühren die Krippen. Dabei ist der Lernprozess für Kinder im Alter von ein bis drei Jahren entscheidend für ihren Werdegang und für unsere gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Dieses Recht auf Bildung enthält der Orientierungsplan für die Kitas seit 2011!

Deshalb tritt DIE LINKE seit Jahren für gebührenfreie Kitas ab dem ersten Lebensjahr ein und für ein gemeinschaftliches, gesundes Mittagessen. Doch weder für eine Mensa auf dem Hohenberg noch für die Sprachförderung hat die Stadt eine Planung oder Geld vorgesehen – eine Blamage für Schwarz-Grün und ihre Anhänger im Gemeinderat!

Volksbegehren für neunjähriges Gymnasium (G9)

Die Initiative für ein neunjähriges Gymnasium hatte mehr als 100.000 Unterschriften gesammelt – ein riesiger Erfolg gegen Schavans Einführung des Turbogymmis, um Lehrkräfte einzusparen. Diese Bildungskatastrophe ist krachend gescheitert, aber die grün-schwarze Landesregierung will ihre Fehler nicht eingestehen. G9 soll als Regelschule frühestens 2025/26 in den Klassenstufen fünf und sechs eingeführt werden, die Gymmis können parallel dazu G8-Züge anbieten – ohne einen Cent mehr zu erhalten! Und das, obwohl sehr viele Lernende durch den Unterrichtsausfall während der Corona-Pandemie sehr viel aufzuholen hätten. Gegen diese weltfremde Politik soll das Volksbegehren die Landesregierung zwingen, genügend Personal und Geld für eine schnelle Einführung zur Verfügung zu stellen. Rund 770.000 Unterschriften sind dafür nötig.

7,5 Mio. Euro auf dem Girokonto

Eine Tübingerin steht vor Gericht, weil sie einen Polizisten bestochen haben soll. Ihr Geschäftswagen bekam auf dem Parkplatz eines Supermarktes einen Kratzer. Die Frau notierte sich das Kennzeichen und bat einen ihr bekannten Polizisten, den Halter herauszufinden. Dafür wollte sie sich „erkenntlich“ zeigen. Die Staatsanwältin geht von einem Monatseinkommen der Selbstständigen von 50.000 Euro aus und beantragt deshalb eine Strafe von 300.000 Euro. Im September wird der Fall nach erneuter Einkommensprüfung weiter verhandelt. Was haben doch manche Leute mit 7,5 Mio. Euro auf dem Girokonto für Sorgen!

Kurz und bündig!

Demonstration in Bewegung

Mit dem Fahrrad über den Kopp-Verlag informieren

Am 27. April fand eine Raddemo gegen den Kopp Verlag in Rottenburg statt. Da der Kopp-Verlag sein Geld damit verdient, Angst und Ungewissheit zu schüren und die Sehnsucht nach Sicherheit auszunutzen, habe ich mich sehr gefreut mein Recht zu demonstrieren dieses mal in Rottenburg ausüben zu können. Besonders schockierend ist eine jüngere Veröffentlichung des Verlages von Alex Jones. Der Radiomoderator und Unternehmer wurde zu 965 Millionen Dollar Schadensersatzzahlungen verurteilt, weil er den Amoklauf an der Sandy Hook Elementary School von 2012 geleugnet hatte. Bei dem Amoklauf kamen 26 Menschen ums Leben, davon 20 Kinder der 1. Klasse. Solchen Menschen eine Plattform zu bieten auf der sie ihre gefährlichen Lügen und Halbwahrheiten veröffentlichen können, muss zivilgesellschaftlich entgegen getreten werden.

Die Demoteilnehmer sind mit Fahrrädern von Tübingen nach Rottenburg gefahren. Erster Halt war die Zehntscheuer, wo die Rottenburger Demonstranten, darunter auch meine beiden Kinder und ich, dazustoßen konnten. Nach den Redebeiträgen zu Verbindungen des Verlages in die extrem rechte Szene und feindliche Einstellung gegen die Klimagerechtigkeitsbewegung, ging weiter in die Bertha-Benz Straße zum Firmensitz des Kopp Verlags. Dort wurden Kinder und Erwachsene dazu angehalten, ihre Botschaften an den Kopp Verlag mit Straßenkreide auf die Straße vor dem Gebäude zu malen. Meine zweijährige Tochter hat begeistert viele bunte Kreise gemalt und anschließend auf die Stoßstange eines Polizeiautos, was die Beamten mit einem Schmunzeln zur Kenntnis nahmen.



Neben Musik gab es eine Rede zu den Veröffentlichungen des Kopp Verlags, die sich mit den Angeboten zu „Medizin“ und „Gesundheit“ auseinandersetzte. Hier wurde sehr gut deutlich gemacht, dass es durchaus gefährlich sein kann, sich an die Ratschläge von manchen „gesundheitsfördernden“ Büchern zu halten. Eine weitere Rede beschäftigte sich mit der geschäftlichen Struktur des Kopp-Verlags. Als der Demozug anschließend zur finalen Station am Marktplatz aufbrach, hinterließ er ein vergängliches Kunstwerk aus Straßenkreide, welches aus Herzen, Regenbogen, Botschaften der Liebe, Botschaften gegen Hass und ein paar wenigen Beleidigungen bestand. Als letzte der rund 100 Demonstrationsteilnehmer kamen wir auf dem Marktplatz an. Da sehr gutes Wetter war, wurden die Besucher des Marktplatzes ebenfalls zu Zeugen des Geschehens. Nachdem ich die Kinder mit einem Eis versorgt hatte, konnte ich meine Aufmerksamkeit dem Redebeitrag von Alfred Bodenmiller widmen, der nochmal die wichtigsten Eckpunkte seiner 13-jährigen Bemühungen gegen den Kopp-Verlag schilderte und auch konkrete Forderungen an die Stadt und an die Kirche formulierte. Er fordert eine öffentliche Distanzierung von Oberbürgermeister Neher und den kirchlichen Vertretern zum Kopp-Verlag. Das ist eine konkrete Forderung, deren Erfüllung mir nicht zu hoch angesetzt scheint, wohingegen die Forderung „Stop Kopp“, die in anderen Redebeiträgen zu hören war, sehr vage interpretierbar ist. Zum Beispiel könnte man in dem Ausruf ein Appell an jeden Einzelnen verstehen, dem Kopp Verlag die Unterstützung zu entziehen. Die Linke in Rottenburg unterstützt die Forderung Alfred Bodenmüllers, dass eine Distanzierung der Vertreter der öffentlichen Institutionen zum Kopp-Verlag notwendig ist. Die Forderung „Stop Kopp“ sollte von jedem Einzelnen und anderen politischen Akteuren erfüllt werden. Und als mein Sohn, nachdem er lange drumherum gelaufen war, endlich auf den Lautsprecherwagen klettern durfte, war auch er sehr zufrieden mit dem Tag.

Alle Redebeiträge sind hier nachzulesen:

<https://stoppkopp.mtmedia.org/>

CDU schadet Deutschlands Entwicklung

1996 hat die CDU-Regierung Kohl die Vermögenssteuer abgeschafft, das Bundesverfassungsgericht setzte sie mit einem Grundsatzurteil solange aus, bis die Regierung eine Gleichbehandlung zwischen Immobilien und anderen Vermögen in Gesetzesform vorlegt. Das ist bis heute nicht geschehen, widerspricht aber dem Märchen, dass die Vermögenssteuer verfassungswidrig sei. Somit konnten die 100 reichsten Deutschen ein zusätzliches Vermögen von 460 Mrd. Euro anhäufen. Zusammen mit der CDU verweigert die FDP eine gerechte Besteuerung großer Vermögen. Die Aussetzung der Steuer hat bisher einen Schaden von 380 Milliarden Euro, die notwendigen Investitionen in die Infrastruktur, in die Daseinsvorsorge und in eine moderne Entwicklung unseres Landes verursacht. Besonders die Kommunen leiden unter der Finanznot, weil sie die Hauptlast bei den Investitionen tragen.

Kurz und bündig!

Starkregen und Überflutungen in Deutschland

Die Folgen und die Ursachen bekämpfen

Der letzte Starkregen hat große Flächen in Bayern und Baden-Württemberg zerstört, Häuser, Ställe und ganze Stadtviertel unbewohnbar gemacht und Menschen getötet. Kein Einzelfall nach den Überflutungen im Saarland, in Braunbach und im Ahrtal. Von wegen „100-jähriges Hochwasser“ – die Häufigkeit nimmt drastisch zu und Schutzmaßnahmen wie höhere Dämme und Polder reichen nicht mehr, um Mensch und Tier zu retten. Denn Starkregen und Dürren sind Folgen der menschengemachten Klimazerstörung durch die Vernichtung von Regenwäldern und durch den hohen CO₂-Ausstoß der Industrie: Metall-, Stahl- und Betonherstellung sind verantwortlich für weltweit fast 13 Prozent der klimaschädlichen Treibhausgase, die die Erderwärmung beschleunigen. Man denke an Holcim (Dotternhausen), die Bau-Union in Frommenhausen und an Heidelberg-Cement! In Rudersberg (Rems-Murr-Kreis) haben die Überschwemmungen einen (jahrelangen) Schaden von 120 Mio. Euro hinterlassen. Wer zahlt?

Leugner der Klimazerstörung

Erschreckend ist, wie einige immer noch die Klimazerstörung verniedlichen oder ganz leugnen wie die weltfremde AfD. Sie preist in ihrem Europa-Wahlprogramm CO₂ als „Grundlage unserer Existenz“ an und behauptet, dass der aktuelle Klimawechsel „vollkommen normal“ für die Wechsel von warmen und kalten Phasen „seit der letzten Eiszeit vor etwa 10.000 Jahren“ wäre: „Trotz des durch Medien und Politik verbreiteten Alarms zeigen sich in der Realität weder vermehrte Extremwetterereignisse noch ein beschleunigt ansteigender Meeresspiegel.“ Die AfD gibt sich damit schlauer als die US-Ölindustrie mit ExxonMobil, die in geheimen Berichten bereits vor 50 Jahren auf die menschengemachte Erderwärmung durch fossile Brennstoffe hinwies. Inzwischen belegen 220.000 Studien aus aller Welt, dass die Industrie seit Mitte des 19. Jahrhunderts für den höchsten Stand von Treibhausgasen und für den globalen Temperaturanstieg von mehr als 1,5 Grad verantwortlich ist.

Inzwischen biedern sich CDU mit ihrer Forderung nach Rücknahme des Verbots für Verbrennermotoren und FDP mit der Blockade eines Tempolimits auf 130 kmh diesen AfD-Positionen an. Dagegen prophezeit der Expertenrat der Bundesregierung, dass Deutschland die Klimaziele bis 2030 nicht einhalten wird: Eigentlich sollte der Ausstoß an Treibhausgasen - verglichen mit 1990 - bis 2030 um 65 Prozent sinken, bis 2040 um 88 Prozent, damit Deutschland 2045 klimaneutral wäre – alles Schnee von gestern! Um die Industrie zu besänftigen plant Habeck jetzt, CO₂ unterirdisch z.B. in der Nordsee zu speichern.

Ursachen bekämpfen statt Scheinlösungen

Die globale Erwärmung unseres Planeten war seit Beginn der Wetteraufzeichnungen noch nie so hoch. Sie bewirkt, dass die Meere immer wärmer werden und dadurch die Häufigkeit von schweren Hurrikans zunimmt. Außerdem nimmt allein mit einem Grad Temperaturerhöhung die Feuchtigkeit in der Luft um sieben Prozent zu, die Feuchtigkeit kehrt als (Stark-)Regen wieder zum Boden zurück. Weil Wasserläufe vielerorts begradigt wurden, ist die Fließgeschwindigkeit hoch und Bäche und Flüsse können die Wassermassen nicht schnell genug abtransportieren. Der Starkregen, der nicht langsam im Boden versickern kann, führt zum Verlust an Grund- und Trinkwasser, denn er fließt über die Flüsse und Ströme ins Meer, wird zu Salzwasser und führt zum Mangel an Trinkwasser oder Wasser für die Landwirtschaft.

Zweite Ursache ist die zunehmende Flächenversiegelung durch mehr großflächige Gewerbegebiete, durch Supermärkte mit Riesenparkplätzen und Straßenbau, aber auch durch notwendige Infrastruktur wie Schulen, Krankenhäuser und Pflegeheime. Deshalb brauchen wir eine Gesamtplanung für den (kommunalen) Flächenverbrauch, den die Stadtoberen in Rotenburg seit Jahren ablehnen. Folge ist, dass Gewerbe, Hausle Bauer und Bauern sich um die Flächennutzung untereinander streiten!

>>>>>>

Kurz und bündig!

CO₂-Verbrauch der Reichen

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat in einer Untersuchung nachgewiesen, dass die zehn Prozent der reichsten Deutschen 10,1 Tonnen der Treibhausgase verbrauchen, fast doppelt so viel wie die zehn Prozent mit dem niedrigsten Einkommen (5,6 Tonnen jährlich). Die Ursache sieht das DIW in der Mobilität, genauer: in den Flugreisen. Denn dabei verbraucht das reichste 10 Prozent 5,8 Tonnen, das ärmste Zehntel nur 0,8 Prozent. Deshalb fordert das DIW ein Verbot von Inlandsflügen, wenn das Ziel mit der Bahn innerhalb von 2,5 Stunden erreichbar ist. Hört man schon die FDP kreischen „Freie Flüge für freie Bürger“?

Länder fordern Zuckersteuer

Neun Bundesländer fordern die Einführung einer Zuckersteuer auf Limonaden. Die Anzahl von Erkrankungen mit Diabetes und Adipositas steigt stark. Deshalb haben Länder wie Großbritannien schon längst eine Zuckersteuer eingeführt. In Deutschland verhindert dies die Blockade-Partei FDP, gestützt auf eine finanzkräftigen Lobby.

Grundwasser gefährdet im Steinbruch Frommenhausen

Weiterer Verstoß gegen Genehmigungsaufgaben durch die Betreiberfirma!

Als wäre die Liste der Verstöße (unzureichende Rekultivierung, Überschreitung der Anzahl von LKW-Fahrten, Unterschreitung Grenzabstand zu Äckern, ...) nicht bereits lang genug, kommt erneut ein riskantes Fehlverhalten der Bau-Union ans Tageslicht. Dieses Mal wurde der Verstoß durch Selbstanzeige des Technischen Leiters und des Geschäftsführers bekannt.

Im „alten Canyon“ hatte bereits der Vorgänger der Firma Bau-Union, die Schotterwerke Heinz, die genehmigte Abbautiefe überschritten. Schon die musste eine Geldstrafe bezahlen. Doch auch unter der Regie des jetzigen Betreibers wurden weitere 3-4 Meter mehr abgetragen als erlaubt. Wie viele es nun insgesamt sind, bleibt ungeklärt, zumal auch aktuell der Canyon wieder um einige Meter aufgefüllt ist. Die Begrenzung der Abbautiefe ist entscheidend, da ein erforderlicher Sicherheitsabstand zum Grundwasser eingehalten werden muss, um dieses nicht zu verunreinigen. Laut Angaben des Landratsamts besteht trotz des reduzierten Abstands wohl keine akute Gefahr.

Das Amtsgericht Rottenburg sieht keinen Vorsatz bei den Verantwortlichen des Betreibers und stellt das Verfahren gegen eine Geldzahlung ein, 4000 und 5000 Euro müssen gezahlt werden. Stellt man diesen Betrag ins Verhältnis zum weiter gewonnen Gesteinsmaterial, gleicht es einer Farce.

Schlussfolgerung: Der Betreiber kann scheinbar gegen jede Genehmigungsaufgabe verstoßen und seine Schuld durch eine Geldauflage begleichen. Schutzgüter werden somit zu betriebswirtschaftlich berechenbaren Faktoren, die bei einer Gefährdung oder gar Zerstörung finanziell ausgeglichen werden können. Es ist daher kaum verwunderlich, dass die sichtbare Gleichgültigkeit des Betreibers die umliegende Bevölkerung in Sorge um ihre Schutzgüter bringt. Wie viel Geld wird es wohl kosten, wenn ohne Vorsatz der Kapffelsen bei einer Sprengung ins Starzeltal fällt?

Gastbeitrag: Aaron Wagner

>>>>> Fortsetzung Seite 8

Welche Maßnahmen?

Bei den Maßnahmen müssen wir zwei Dinge unterscheiden. Zum einen geht es um den praktischen Schutz von Mensch, Tier und Natur gegen Katastrophenereignisse. Dazu gehören Hochwasserschutz mit Deichen, Poldern, vorausschauende Bebauung in nicht-gefährdeten Gebieten und Konzepte gegen Hitze (Baumpflanzungen, Sonnensegel, öffentlich zugängliches Trinkwasser). Rottenburg hat damit begonnen, in Dettingen und Hemmendorf Rückhaltebecken einzurichten. Aber bis heute besitzt sie kein Gesamtkonzept zum Klimawandel, sondern nur Stückwerk, wie Hans-Joachim Rosner und Volker Wehner vom BUND jüngst kritisierten. Einige Städte sind durch das Konzept der „Schwammstädte“ schon wesentlich weiter: Freiburg hat seit 2018 Fassaden begrünt und Trinkbrunnen aufgestellt, Kaiserslautern hat Flächen entsiegelt und Böblingen ein „Hitzeportal“ installiert, auf dem sich die Bewohner über aktuelle Klimagefahren informieren können. In Tübingen wird auf der Grundlage einer Klimarisiko-Analyse eine „Nachhaltige Stadtentwicklung“ vorangetrieben. Alles gute Beispiele, von denen Rottenburg eigentlich lernen könnte.

Die Ursachen anpacken

Es reicht nicht, nur die Folgeschäden von Naturkatastrophen zu beseitigen. Wir müssen endlich die Ursachen angehen und dafür unsere Denkweise ändern: Unser Wachstum kann nicht von endlichen fossilen Energien und Rohstoffen abhängen,

sondern muss von einem Leben in Übereinstimmung mit der Natur ausgehen. Wir sind Teil davon, dürfen nicht aus Gier nach immer mehr Reichtum, Macht und globale Vorherrschaft ihr Zerstörer sein.

Deshalb müssen wir in unseren Kommunen zum Wohl unserer Kinder und Enkel anfangen, bei allen Beschlüssen die sozialen und ökologischen Folgen zu bedenken und zu diskutieren. Wie in einer Schwammstadt muss Beton durch wasserdurchlässige Materialien ersetzt werden, der Flächenverbrauch ist durch mehrstöckige Bauweise drastisch einzuschränken. Insgesamt ist die Gesamtfläche einer Kommune bei allen Neubaumaßnahmen zu erfassen. Dafür sind gemeinsame Ziele mit Höchstverbrauch festzulegen. Um den Nutzen und die Akzeptanz der Bürgerschaft für diese Veränderungen zu gewinnen, fordert der Club of Rome eine allgemeine Grunddividende auf alle fossilen Brennstoffe, auf Daten der sozialen Medien(-konzerne) und auf andere Rohstoffe (z.B. Kies, Sand) einzuführen. Sie gehören der Allgemeinheit, werden aber für private Gewinne ausgebeutet. Vorbild ist der Alaska Permanent Fund, der seit 1976 jedes Jahr einen Anteil aller Einnahmen der Ölgesellschaften als Grunddividende an jede Bürgerin und jeden Bürger auszahlt. Warum können die Haushaltstarife für Strom nicht durch den Gewinn der sieben Windräder in Rottenburg gesenkt werden? Um dieses Umdenken in Gang zu setzen, tritt DIE LINKE für einen Sozial- und Umweltbürgermeister ein.

Digitalisierungswahn an Rottenburgs Schulen

Kürzlich wurde im Gemeinderat der Erfolgsbericht für die Digitalausstattung an städtischen Schulen vorgestellt. 2019 hatten Stadt und die Mehrheit im Gemeinderat einen umfangreichen Antrag für die Ausstattung der Schulen mit Computern, Beamer und Tablets beschlossen. Dafür erhielt die Stadt 20 Prozent „Anschubfinanzierung“. Um besonders modern und schnell zu sein – „um die Gelder abzugreifen“-, sollten diese Medien bereits in der ersten Klasse an den Grundschulen eingesetzt werden – bevor die Kinder lesen und schreiben konnten. Die Wurminger Grundschule sollte für den gesamten Kreis „Modellschule“ werden. Jede kritische Forderung, die Einführung dieser Medien doch vom Alter der Lernenden abhängig zu machen, wie es Neurowissenschaftler und inzwischen ganze Lehrerverbände fordern, wurde von OB Neher lächerlich gemacht, das sei eine Rückkehr zum „Kreidezeitalter“.

Steigende Kosten

Nach fünf Jahren zeigen sich die Schattenseiten dieses Internet-Wahns. Fast fünf Mio. Euro wurden allein in Rottenburg für diese Medien an Grund- und weiterführenden Schulen ausgegeben, davon über zwei Mio. Euro aus der Stadtkasse. Doch der Digitalpakt des Bundes ist jetzt ausgelaufen und die Stadt hat das Problem, wie sie die 3,8 Personalstellen dafür und alle fünf Jahre die Erneuerung von Computern, Programmen usw. finanziert. Denn ein neuer Digitalpakt des Bundes ist in weiter Ferne, externe Dienstleister für die tägliche Handhabung der Internet-Technik sind nur zu enormen Preisen zu haben, ein Nachweis über einen besseren Lernerfolg mit diesen Medien gibt es bisher nicht, in den ersten Klassen der Grundschulen wurde zurückgefahren.

Sture Stadt

Im Gemeinderat stellt sich die Schulverwaltung schwerhörig gegen alle Kritik an der Digitalisierung in den Schulen. Im Ländle forderten 40 Wissenschaftler verschiedener Unis im November 2023 von der Landesregierung ein „Moratorium der Digitalisierung in Kitas und Schulen“, da die Schäden digitaler Medien für die Entwicklungs- und Bildungsprozesse von Kindern und Jugendlichen längst nicht untersucht sind. Sie verlangen, dass digitale Medien erst ab Ende der Unterstufe (Klasse 6, Alter 13 Jahre) eingesetzt werden sollen: „Die wissenschaftliche Erkenntnis ist inzwischen, dass Unterricht mit Tablets und Laptops die Kinder bis zur 6. Klasse nicht schlauer, sondern dümmer macht“, so der Medienexperte Lankau. Damit fordern die Forscher nicht nur die IT-Konzerne heraus, sondern auch deren politischen Sprachrohre bei den Grünen. Doch der grüne Finanzminister Bayraz will das Ländle zum Cyber Valley Deutschlands machen.

Von Anfang an ist DIE LINKE dafür eingetreten: Personal vor Digital. Denn lernen ist ein sozialer Prozess zwischen Lehrkräften und Lernenden und der Lernenden untereinander, z.B. in der Gemeinschaftsschule. Deshalb muss die Landesregierung endlich mehr Ausbildungsplätze für Lehrkräfte schaffen, die Stellen für Vertretungskräfte stark erhöhen, den Lernenden durch das G9 mehr Zeit fürs Lernen und für Übungen geben und den Klassenteiler senken. Das wäre eine moderne Bildungspolitik!

Kurz und bündig!

CDU verschwendet Milliarden an Steuergeldern

Die CDU stellt sich immer als Partei der kleinen Leute dar, die sparen will. Tatsache ist, dass Jens Spahn in der Corona-Pandemie ohne Ausschreibung Aufträge für Mundschutz-Artikel in Höhe von über zwei Milliarden vergeben hat – die Hälfte der Artikel wurde nicht gebraucht und deshalb verbrannt. Ähnlich ging der CSU-Minister Andreas Scheuer in der Maut-Frage vor, der Verträge mit Maut-Unternehmen abschloss, obwohl das Urteil darüber noch nicht vorlag. Deshalb muss die Regierung – spricht: wir Steuerzahler – jetzt eine Viertel-Milliarde an Geldern wegen dieser Verträge an die Firmen zahlen.

Starker Reallohnrückgang

Zwar stiegen die Nominallöhne in den letzten Jahren stark ab. Aber sie geben nicht die tatsächliche Kaufkraft des Verdienstes an. Dies erfährt man durch den Reallohn, nachdem die Inflation abgezogen wurde. So wuchs die Teuerung durch den Ukraine-Krieg 2021-2023 um insgesamt 13,2 Prozent, während die mittleren Einkommen nur um 5,8 Prozent anstiegen (Statistisches Bundesamt, Mai 2024). Vergleicht man das Jahr 2022 mit 2008, so haben die Beschäftigten den stärksten Rückgang ihrer Reallohne zu verkraften und sind die aktuellen Lohnforderungen mehr als gerechtfertigt.

Große Allianz zur Rettung der Gäubahn

Verwaltungsgericht setzt Bundesregierung und DB unter Druck

Ob der einstimmige Beschluss des Ortschaftsrates Ergenzingen (April 2024), die Deutsche Umwelthilfe (DUH), die Lokführergewerkschaft, zahlreiche Oberbürgermeister an der Gäubahn-Strecke oder die Interessensgemeinschaft Gäubahn Freudenstadt (IG FDS): Sie alle fordern den Erhalt des „unterbrechungsfreien Anschlusses der Gäubahn an den Stuttgarter Hauptbahnhof“, ((DUH), um die internationale Bahnmagistrale Stuttgart-Zürich-Mailand zu erhalten. Die DB plant eine langjährige Unterbrechung der Strecke für den Bau des Pfaffensteigtunnels von Böblingen zum Flughafen, der „mit 12 km dann längste Bahntunnel Deutschlands mit aktuell geschätzten drei Milliarden Baukosten“ für eine Bauzeit von 15 Jahren wird: „Betroffen sind ca. 1,4 Mio. Menschen südwestlichen Landesteil, die mit nicht zumutbaren Erschwernissen rechnen müssten“, heißt es in der Resolution der IG FDS.

Klage vor Stuttgarter Gericht

Bis heute ist der Tunnel weder planfestgestellt noch finanziert, so dass die DUH eine dauerhafte Sperrung der Strecke befürchtet und jetzt vor dem Stuttgarter Verwaltungsgericht Klage eingereicht hat und von der Deutschen Bahn fordert, „die bisherige Strecke weiter in den Kopfbahnhof einfahren zu lassen und den ab Ende 2025 geplanten Parallelbetrieb von

Kopf- und Tiefbahnhof nicht nur für ein Jahr, sondern dauerhaft beizubehalten.“ Das Verwaltungsgericht hat die Bundesregierung und die Deutsche Bahn aufgefordert, bis zum 1. August 2024 zu erklären, wann die baulichen Maßnahmen begonnen werden, die das Einfahren von Zügen über die Gäubahn in den Hauptbahnhof verhindern. Für die DUH ist ein „leistungsfähiger Bahnknoten Stuttgart nicht ohne den zusätzlichen Erhalt des Kopfbahnhofes“ möglich: „Für eine auch aus Klimaschutzgründen notwendige Verdoppelung des Bahnverkehrs bis 2030 muss die Gäubahn dauerhaft nach Stuttgart angebunden und schnellstmöglich modernisiert werden.“

Der Ortschaftsrats Ergenzingen stützt sich auf den 11-Punkte-Katalog des Landesverkehrsministeriums, der die mögliche Kappung der Gäubahn-Strecke zum Hauptbahnhof zumindest abmildern soll. Der OR hebt deshalb aus Ergenzinger Sicht als wichtige Maßnahmen hervor, den Intercity-Verkehr in den Nahverkehrstarif zu integrieren (Deutschland-Ticket oder Baden-Württemberg-Ticket ist von Ergenzingen zum Hauptbahnhof gültig); zusätzliche Regionalexpress-Züge in Tagesrandzeiten; halbstündiger Takt des Metropolexpresses, Verlängerung des S-Bahnlinie S1 bis Horb).

Von unserer Redaktion

Gemeinderatswahlen Rottenburg

Interessante Veränderungen durch neue Listen

Die größten Veränderungen in den Wahlergebnissen gab es durch insgesamt zehn Listen, so dass es im neuen Gemeinderat (GR) bei 32 Sitzen 14 Neue gibt. Dies zeigt sowohl die Vielfalt der Meinungen wie auch die Unzufriedenheit mit bisherigen Mitgliedern im GR. Auf Anhieb gewann die neue Bunte Liste mit 5,1 Prozent zwei Sitze und die Partei mit 2,5 Prozent einen Sitz. Dagegen verlor Die Linke einen Sitz besonders in den Teilorten, wo ehemalige linke KandidatInnen für die Bunte kandidierten. Aber in der Kernstadt blieb sie mit 4,7 Prozent noch vor der Bunten Liste. Neben der Linken mussten die Grünen 3,5 Prozent Stimmen abgeben. Kleinere Verluste hatten die Freien Bürger, die Jungen Aktiven und die FAIR. Der CDU gelang es nicht, sich ein jugendliches Bild zu geben, obwohl sie mit Pietro Scalera an der Spitze eigens dafür auf Wahlplakaten Werbung machte. Durch das hohe Ansehen von Ernst Heimes gewannen die Freien Wähler hinzu, ebenso die SPD durch Cornelia Ziegner-Wegner aus Ergenzingen. Interessant ist, dass die AfD, die nicht zum Gemeinderat antrat, bei der Europawahl in allen Teilorten mit Ausnahme von Wurm-

lingen Stimmen gewann.

DIE LINKE wird im Gemeinderat eine Fraktionsgemeinschaft mit der Bunten Liste und der Partei eingehen, damit die soziale und ökologische Opposition mit ihren konstruktiven Vorschlägen mehr Gewicht und bei den nächsten Wahlen wieder mehr Stimmen erhält. Ein „Weiter so“ der bisherigen Verwaltung mit dem Bürgermeister-Trio ist für unsere schöne, vielfältige Stadt nicht zukunftsfähig.

DIE LINKE dankt dem großen Engagement von Marlene Fischer und Irmgard Kussauer im Gemeinderat und Isabelle Groschke im Kreistag, die allen Anfeindungen standgehalten und sich immer für die sozialen Interessen eingesetzt haben – Herzlichen Dank!

Wasserstoff-Tankstelle für Regionalzüge in Tübingen

Enormer Stromverbrauch für die Produktion benötigt

Mit großem Tamtam ist kürzlich in Tübingen die weltweit erste mobile Wasserstoff-Tankstelle für Züge eröffnet worden - nur Tübingens OB Boris Palmer fehlte. Mithilfe eines Containers und des Ökostroms der Bahn soll hier „grüner“ Wasserstoff hergestellt werden, mit dem die Kulturbahn nach Pforzheim fahren soll. Zwar fehlt noch wie so häufig die Erlaubnis des Eisenbahn-Bundesamtes, aber bereits im Herbst sollen die Züge im Regelbetrieb fahren. Die Strecke Tübingen-Horb wurde bewusst ausgewählt, weil es bei Eutingen die stärkste Steigung für Züge im deutschen Bahnnetz gibt. Schafft es der Zug, ist diese Art Energie für ganz Deutschland anstelle der jährlich 400 Mio. Liter Diesel anwendbar. Dann kann die Bahn ihrem Ziel näher kommen, bis 2024 klimaneutral Züge fahren zu lassen und auf die teure Elektrifizierung von 10.000 Bahnkilometern zu verzichten. Deshalb ist die Tübinger Anlage auch mobil. Denn im März 2025 wird sie bereits wieder abgebaut und nach Bayern verfrachtet, wo bei Augsburg und Mühldorf zehn Jahre lang Wasserstoffzüge fahren sollen. Für das Allgäu sind sogar 90 Wasserstoffzüge geplant.

Stuttgart plant Pipeline

Nahezu zeitgleich veröffentlichten die Stadtwerke Stuttgart ihren Plan, grünen Wasserstoff herzustellen und bei Hedelfingen/ Neckartal einen „Green-Hydrogen-Hub“ zu bauen, der anfangs 7,5 Megawatt und später bis zu 10 Megawatt Wasserstoff produzieren soll. Damit sollen ab Ende 2026 das Stuttgarter Busdepot (50 Prozent), die regionale Industrie im Hafen Stuttgart und später die Stadt Esslingen versorgt werden. Durch die Hafennähe soll eine Anbindung an das Transportnetz von Bahn und Schiff möglich sein. Das Ganze dient als Blaupause für die Infrastruktur in der gesamten Region. Um rund 720 Tonnen Wasserstoff herzustellen, ist für die Elektrolyse ein enormer Energiebedarf nötig – genaue Angaben für die Öffentlichkeit sind wie in Tübingen Fehlanzeige! Aber Milliarden Subventionen der EU, der Landesregierung und der Region Stuttgart fließen schon.

Allheilmittel

Wasserstoff wird von vielen als Allheilmittel, als „Champagner der Energiewende“ (M. Kriener) verkauft, damit die überholten Wachstumsziele und das „Business as usual“ mit einer neuen

Energiebasis fortgesetzt werden können. So will die Firma Infraser vom Industriepark Höchst/ Frankfurt 27 Lokomotiven mit Wasserstoff betanken und zur „größten Wasserstoff-Flotte der Welt“ machen.

Wasserstoff kann überall eingesetzt werden, wo Energie benutzt wird. Vor allem in der Chemie- und Stahlproduktion oder für synthetisches Flugbenzin. Voraussetzung sind (Süß-) Wasser und Strom. Mithilfe des Stroms wird Wasser durch Elektrolyse in Wasserstoff und Sauerstoff zerlegt, ohne dass CO₂ wie bei fossilen Brennstoffen entsteht. In Hamburg soll die größte Elektrolyse-Fabrik entstehen. Damit Wasserstoff „grün“ wird, werden enorme Mengen an Energie aus Sonne und Windkraft benötigt. Deshalb hat die Bundesregierung mit Namibia (Südafrika) ein Abkommen für den weltweit größten Energiepark geschlossen: 10 Milliarden Euro werden in 650 Windräder und Solarpanels investiert, doppelt so viel wie das Bruttoinlandsprodukt des Landes! Der dort produzierte Wasserstoff wird dann für den Transport per Schiff nach Deutschland in Ammoniak umgewandelt.

Für die Wasserstoffwirtschaft fehlen bisher die notwendigen Speicher für den Bedarf von drei Terrawattstunden Wasserstoff (2030). Deshalb sollen im Entwurf für den Bundesbedarfsplan jetzt zehn Projekte für den Netzausbau innerhalb Deutschlands vorgezogen werden. Ihre Finanzierung würde den Durchschnittsverbraucher pro Jahr mit 80 Euro Zusatzkosten belasten. Die Internationale Energieagentur (IEA) hat für 2050 einen globalen Bedarf an grünem Wasserstoff mit 100 Mio. Tonnen errechnet. 2023 wurden ganze 110.000 Tonnen, also ein Tausendstel produziert. Laut Bundesforschungsministerium muss allein Deutschland jährlich 45 Mio. Tonnen einführen. Jetzt versteht man die Hysterie um die Solar- und Windenergie besser.

Eine Akzeptanz in der Bevölkerung für die Milliarden-Investitionen aus unseren Steuergeldern und soziale Tarife bei der Energiewende sind aber Bedingungen für Maßnahmen gegen die menschengemachte Klimazerstörung, dazu gehört eine Offenlegung aller Aspekte wie der Gefährdung der Natur, der verschiedenen Bedarfe, des Gesamtflächenverbrauchs und des Nutzens für Verbraucher und Kommunen.